

Beinhaltet 6mal wöchentlich mit den Wochenschriften „Die Welt“ und „Die neue Welt“, sowie den Tagesblättern „St. Pauli“, „Mitteldeutsche Zeitung“ und „Die Welt der Frau“.

Sächsisches Volksblatt

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Taschen- und Wand-Verlag: Hermann, K.-B.
für Verlag und Vertrieb, Sächsische Zeitung, Dresden-K.L.
Postfach 17, Remusstraße 17, Remusstraße Dresden
2707 Postkonto Stadtbank Dresden Nr. 6173

Vor der Wahlparole

Wenn das deutsche Volk diesesmal zur Wahlurne geht, wird es nicht mehr zu entscheiden haben, unter welcher Staatsform es leben will. Die Festigung der neu-taatlichen Verhältnisse ist trotz immer noch vor-wandener Widersacher, der sogenannten Unentwegten, die es immer und überall gibt, dennoch so weit fortgeschritten, daß diese Frage den Wahlkampf kaum belasten wird, ja daß sie ihn auch nicht zu belasten braucht. Die Bedeutung dieser Wahlen liegt vielmehr auf einem anderen Gebiet. Sie liegt darin, daß wir uns darüber werden schärfen müssen, wie Geist und Gesinnung be-fassen sein sollen, von denen Wesen und Inhalt des Staates und seiner Einrichtungen bestimmt werden und von denen sich die im Staate wirkenden politischen und wirtschaftlichen Kräfte bei ihren Maßnahmen bestimmen lassen. Diese Zweckbestimmung, die wir den Wahlen von 1928 geben, führt zu der Fragestellung, die wir klären wollen und von der auch Parteien und Wähler ausgehen müssen: Welken wir den christlichen, sozialen und demokratischen Volksstaat, der auf den Grundfesten und der sittlichen Idee des Rechts und der Gerechtigkeit steht?

Es ist gar kein Zweifel, daß diese Frage vom Zentrum be-sucht wird, und daß alles eingeleitet werden muß, um die Verwirklichung des Zieles zu fördern, und daß dort gebessert und ausgefüllt werden muß, wo heute noch erheb-liche Lücken klaffen. Gehen wir aber mit Mut an diese Auf-gabe heran, dann erscheint es uns zunächst notwendig, daß im kommenden Wahlkampf den rein materiellen Fragen der zweiten Platz zugewiesen wird, und daß dafür die großen, die Richtungweisenden Gedanken in die vorderste und erste Linie rücken. Die Frage, was hat diese oder jene Partei für diesen oder jenen Stand getan, darf nicht entscheidend sein, wenigstens nicht innerhalb einer weltanschaulichen Gesinnungsgemein-schaft, wie sie das Zentrum ist, die dafür Sorge zu tragen hat, daß alle den gebührenden Platz im Staats- und Wirtschaftsleben einnehmen, und daß allen nach menschlichen Möglichkeiten Gerechtigkeit widerfährt. Die letzte Zeit-spanne, durch die der vergangene Reichstag hindurchgehen mußte, hat sich bereits dadurch charakterisiert, daß Entschlei-dungen gesucht wurden, die darauf hinwiesen, daß wir uns mehr und mehr dem Zeitpunkt nähern, wo mit dem rein Politischen auch die geistigen Gestaltungssträfte, die im neuen Staat wirken wollen, sich in den Vordergrund schieben. Das deutsche Volk wird die Probe zu bestehen haben, ob es tolerant genug ist, die Demokratie auch wir-ktlich durchzuführen, d. h. sie auf alle Lebensgebiete zu erstrecken oder ob es mit der Staatsallmacht den Höhen der Gewalt und der geistigen Diktatur aufzusteigen will. Die Antwort darauf muß in erster Linie den Macht-behebungen des Liberalismus gegeben werden, der durch die Verhinderung des Reichshofgesetzes gezeigt hat, daß der liberale Begriff dort halt macht, wo er wirkliche Liberalität verlangt. Dazu kommt, daß die Interessen-politik stärker denn je ihr Haupt erhebt, und daß sie leider auch in Kreise eingedrungen ist, die nicht nur auf der Seite der Rechten zu suchen sind. Dieser ungefunten Er-scheinung muß gesteuert werden. Denn wie die Ver-materialisierung im Kleinen zur Verflachung des Politischen und geistigen Lebens führt, so ist das starke Vordringen wirtschaftlicher Einflüsse auf den Staat mit der Tendenz seiner Beherrschung die ernsteste Gefahr für die Ge-meinschaft. Die Plutokratie ist der entschiedenste Gegner der Demokratie.

So sehen wir uns im Wahljahr 1928 vor den zwei großen Aufgaben: daß die Interessenpolitik zurück-gedrängt wird zugunsten der politischen und geistigen Ziele, die wir uns gesetzt haben, und die Garantie ge-schaffen werden, die einen Staatsaufbau im christ-lichen, sozialen und demokratischen Geiste gewährleisten. Das Zentrum für sich genommen muß sich deshalb auf das ge-naueste darüber klar werden, was für einen Standort es unter den Strömungen einnimmt. Der Liberalismus, der Sozialismus und der parteipolitisch vergewaltigte Kon-servatismus machen die äußersten Anstrengungen, um ihre Stützkräfte zu erhöhen nicht allein nur durch eine Ver-stärkung der Zahl nach, sondern auch dadurch, daß durch festes Herausstellen der geistigen Eigenart die innere Ge-schlossenheit verstärkt und der Einfluß auf den Staat und seine Gesetzgebung erweitert wird. Waren wir bei frü-heren Wahlen mehr oder weniger abhängig von außenpolitischen Zwangslagen oder innenpolitischen Not-parolen, diesesmal haben alle Gruppen Zeit und Gelegen-heit, sich auf sich selbst zu bestimmen. Das Zentrum — darüber geben wir uns weder einer Illusion noch einer Täuschung hin — hat keinen Grund. In seiner eigenen Brust sind seine Schicksals Freunde. In diesem Auf-sich-

beruhen, das nicht Bindungen und Verbindungen enthält, das freie Entscheidungen in jeder Situation zu-läßt, liegt eine große Stärke, sofern wir selbst stark sein wollen und uns dessen auch bewußt sind. Eine klare Stellung müssen wir zuerst zum Staat ein-nehmen. Die Staatsform steht fest. Das Zentrum hat dadurch, daß es seit acht Jahren ununterbrochen an

Der neue Kriegsverzichtsplan Kelloggs

Diplomatische Schritte der Vereinigten Staaten bei den Großmächten

Ueberreichung der amerikanischen Note in Berlin

Berlin, 12. April.
Der amerikanische Botschafter Schurman überreichte heute vormittag im Auftrage seiner Regierung dem Reichs-
außenminister den gesamten zwischen Staatssekretär Kel-
logg und Außenminister Briand über den Abschluß eines
Kriegsverzichtsabkommens geführten Briefwechsel. In einer be-
geleiteten Note wird die Reichsregierung aufgefordert werden,
ihre Stellungnahme zu einem gemeinsamen Abkommen
zwischen Amerika, Deutschland, England und Frankreich,
Italien und Japan über die Ungefehrlichkeitsklärung des
Krieges zum Ausdruck zu bringen. Ähnliche Schritte werden
auch die diplomatischen Vertreter der Vereinigten Staaten in
den übrigen Hauptstädten der Länder unternehmen.
Der Wortlaut der Note ist noch nicht bekannt. Es
wird erst morgen der Öffentlichkeit übergeben werden.

Die kriegerischen Verladerrampen

Die Rheinlandkommission hat die Reichsbahn-
direktion in Trier in einem Schreiben angewiesen, in ihrem
Bezirk sämtliche Verladerrampen, die in der Zeit von 1914
bis 1918 zur Verladung von Truppen hergerichtet worden sind,
abzureißen oder unbrauchbar zu machen. Es soll sich dabei um
etwa 20 solcher Verladerrampen handeln.
Der ablehnende Standpunkt der Reichsregierung
in der Frage der erneuten angeordneten Vernichtung dieser Ver-
laderrampen ist unverändert. Sowohl bei der Rheinland-
kommission als auch durch die deutsche Botschaft in
Paris ist das Ansinnen der Kommission im Laufe der nun-
mehr drei Jahre währenden Auseinandersetzungen wieder-
holt zurückgewiesen worden. Auch das letzte Schreiben
der Rheinlandkommission dürfte an der deutschen Auffassung,
die um so berechtigter ist, als die Angelegenheit zehn Jahre
zurückliegt, nichts ändern.

Die politische Hochkonjunktur in Rom

Berlin, 12. April.
Wie aus Berlin gemeldet wird, dürfte Parker Gilbert
bis Sonnabend in Rom bleiben. Reichsfinanzminister Dr.
Söhler hat seine Besprechungen mit Gilbert und mit dem
italienischen Finanzminister Volpi fortgesetzt. In Rom ist
auch der päpstliche Nuntius Pacelli aus Berlin eingetroffen.
Er wurde vom Papst sowie vom Kardinalstaatssekretär
Gasparri in Privataudienz empfangen.

der Verantwortung teilnimmt, für die Befestigung der in
der Weimarer Verfassung festgelegten Staatsgewalt mehr
getan als andere Parteien, die sich aus Eigenmut zeit-
weilig fern gehalten haben. Die Tätigkeit in der Rechts-
regierung hat keinem anderen Ziel gegolten, als dem, daß
die Anerkennung der Republik auch in Kreise hineingetra-
gen werden sollte, die bisher abseits standen oder sogar
offene oder heimliche Gegner gewesen sind. Es bedarf keiner
Verhöhnung — es ist oft genug von der Reichstagstribüne
ausgesprochen worden —, daß sich das Zentrum allen Ver-
strebungen widersetzen wird, die auf eine Rück-
reidierung zu überwindenen Formen und Som-
nolen hinauswollen. Hier ist unsere Linie fest
gezogen. Aber ebenso, wie wir uns selbst gegen die
geistige Durchdringung des Staates mit rückwärtlichen
Tendenzen — sei es politischer, sei es gesellschaftlicher Art
— wenden, ebenso wird es unsere Pflicht sein, einer
Ueberführung der demokratischen Republik in einen Klassen-
staat sozialistischer Prägung äußersten Widerstand zu
leisten. Es scheint nötig, daß darüber gesprochen wird.
Denn namhafte sozialistische Führer machen kein Hehl
daraus, daß sie in der Republik von heute nur den Ueber-
gangszustand für den sozialistischen Zukunftsstaat sehen.
Auch hier ist die Grenze fest gezogen. Der Sozialis-
mus ist nicht der Geist der Zukunft. Die Verbindung, die
das Zentrum mit den neuen staatlichen Verhältnissen ein-
gegangen ist, legt uns die Verpflichtung auf, wie Steger-
wald neulich sagte, „auverlässige Garanten des demokrati-

schischen Volksstaates“ zu sein — aber sowohl gegen links wie
gegen rechts. Das gebieten uns Weltanschauung und politi-
sche Vernunft.
Deshalb sind wir auch Gegner der Staatsall-
macht, ganz gleich von welcher Seite sie kommt und wie
sie sich auswirkt, ob auf politischem oder geistig-
kulturellem Gebiet. Wir beanspruchen das gleiche
Recht für alle und volle Toleranz. Der Reichsausschuß des
Zentrums wird selbstverständlich an der Schulfrage nicht
vorübergehen. Wir wollen die Schule nicht vom Staate
lösen, weil wir auch die Rechte des Staates auf die Schule
anerkennen; aber wir fordern die Achtung vor dem
Willen der Erziehungsberechtigten, die zu entscheiden
haben über die weltlichen und religiösen Grund-
lagen, die uns für die Erziehung unentbehrlich sind. Das
Schulgesetz ist im alten Reichstag gefallen. Das Zentrum
kennt die Front genau, die ihm hier im vereinigten
Liberalismus, Sozialismus und Kommunismus gegen-
übersteht. Es wird dennoch und trotz alledem seine
eigenen Kräfte sammeln, um endlich doch sein Recht,
wenn es nötig ist, zu erkämpfen. Die kulturelle
Linie des Zentrums kann nicht erschüttert und verändert
werden, und zwar in keiner der kulturellen Fragen, die für
uns mit dem Begriff vom christlichen Staate und seiner
Gesetzgebung verbunden sind. Fehlt ein letztes: Vor
einer Zeit hat eins der größten liberalen Organe, die
„Kölnische Zeitung“, die Forderung aufgestellt, die über-

In Moskauer politischen Kreisen wird der Reise Za-
lexhls nach Rom vor allem im Zusammenhang mit der Reise
Tewsch-Ruschon-Bei nach Rom größte Bedeutung beigemessen.
Es wird die Ansicht vertreten, die Sowjetunion könne einem
Zusammenschluß der Staaten des nahen Ostens unter der Füh-
rung von Italien und Polen nicht gleichgültig gegenüberstehen,
falls Polen die Verhandlungen mit der Sowjetunion dauernd
verschiebe. Die gleichzeitige unfreundliche Haltung Frankreichs,
das systematisch eine Kommunistenverfolgung betreibt, lasse ver-
muten, daß England bemüht sein werde, den französisch-
italienischen Gegensatz im Mittelmeer auszugleichen um eine ge-
schlossene Front gegen die Sowjetunion zu bilden.

Aus Montag findet in Rom eine Besprechung der ge-
schäftsführenden Vorstandsmitglieder der großen indus-
triellen Spitzenverbände der verschiedenen Industriestaaten
statt. Der Reichsverband der deutschen Industrie wird durch
Geheimrat Kahl und Dr. Herze vertreten sein. Die Be-
sprechungen gehen auf eine Initiative der britischen Industrie-
kreise zurück, und dienen der Erörterung gemeinsamer industrieller
Interessen.

Parker Gilbert bei Mussolini

Rom, 12. April.
Mussolini hat gestern den Generalagenten für Reparations-
zahlungen, Parker Gilbert, empfangen, der vom Finanzminister
Grafin Volpi begleitet war.

Ein türkisch-italienisches Abkommen?

Paris, 12. April.
In Paris eingetroffene Nachrichten bestätigen, daß im
Verlaufe der Unterredung des türkischen Außenministers Tewfik
Ruschon-Bei der Abschluß eines neuen Handelsvertrages
und eines Freundschafts- und Nichtangriffsab-
kommens zwischen Italien und der Türkei besprochen worden
sei. Dieser Vertrag solle der Türkei ihren gegenwärtigen
europäischen Besitz und ihre Grenzen sichern. Die zwischen den
beiden Staatsmännern geführte Unterredung hätte sich weiter
auch auf die Frage des östlichen Mittelmeeres erstreckt. Die
türkische Regierung scheint bereit zu sein, die italienische Vor-
herrschaft im östlichen Mittelmeer anzuerkennen, falls Italien
den Schwarzen Meer freie Hand zu lassen. Man glaube nicht, daß
Griechenland sich ohne weiteres dem italienisch-türkischen Pakt
anschließen werde. Im Gegenteil wird erklärt, daß Griechen-
land gegenwärtig getrennte Verhandlungen mit Italien und der
Türkei über die Frage eines Nichtangriffsabkommens führe.